

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	02/2025
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	25.02.2025
Zeit:	18:30 Uhr – 20:21 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Seidel
Mitglieder anwesend:	<u>CDU</u> Stadträtin Haaf und Oppelt; Stadträte Bernauer, Erles, Schendzielorz, Sy und Wagner <u>FW</u> Stadträtinnen Henßler und Mayer; Stadträte Dr. Cherwon, Hofstätter, Dr. Rothe und Wachert <u>Grüne</u> Stadträtinnen Inama-Knäblein, Krastel und Scheibe; Stadträte Katzenstein und Konrad <u>SPD</u> Stadträtin Linier; Stadträte Bergsträsser, Hertel, Staudenmaier und Weinmann <u>Linke</u> Stadtrat La Licata
weiter anwesend:	Frau Polte (FB 1), Herr Möhrle (FB 3)
Mitglieder entschuldigt:	Stadtrat Zietak
Urkundspersonen:	Stadträte Cherwon und Schendzielorz
Sachvortrag:	Herr Möhrle (FB 3) zu TOP 2
Schriftführerin:	Frau Thiele

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils drei Minuten Redezeit.

Eine Neckargemünder Bürgerin, fragt, wie viele Stellen die Verwaltung habe. Im Wahlkampf habe der Bürgermeister eine Reduzierung versprochen, doch stattdessen würden Stellen, wie für einen Klimaanpassungsmanager ausgeschrieben.

Der Bürgermeister antwortet, der Stellenplan werde mit der Haushaltssatzung veröffentlicht.

Frau Polte nennt 179 Stellen für 2025 inkl. Erziehungspersonal, Hausmeister und Technische Dienste. In der Stadtverwaltung seien es um die 55 Stellen.

Der Bürgermeister ergänzt, zwei Stellen seien weggefallen. Die Stelle Klimaanpassungsmanager würde zu 90% gefördert und die Projektstellen der TU Berlin zu 50%. Die Beschäftigung ende mit Ablauf der Förderung.

Die Bürgerin fragt, wo sie den Plan genau einsehen könne.

Der Bürgermeister kündigt die Veröffentlichung auf der Webseite der Stadt im März nach der Haushaltsgenehmigung an.

Elternbeiräte und Eltern des Kindergarten Feuertor fragen nach dem weiteren Vorgehen, nachdem der obere Stock am 31. Januar geschlossen wurde und nun alle Kinder im unteren Bereich betreut würden. Die Maßnahme habe nur drei Wochen dauern sollen, und nun seien schon vier Wochen vergangen. Weiterhin wird nach einer räumlichen Alternative für die zweite Gruppe gefragt, da auch der Außenbereich seit November 2024 eingeschränkt sei.

Der Bürgermeister erklärt, das Gebäude sei in einem baulich schlechten Zustand und man habe dieses wegen Feuchtigkeitsschäden im oberen Stockwerk zum 31. Januar schließen müssen. Man habe versucht, die Ursache der Schäden zu lokalisieren, was länger dauere als erwartet. Bis Montag wolle man eine Lösung für die betroffene Gruppe finden. Wahrscheinlich müsse diese ausgelagert werden, was andere Anfahrtswege für die Eltern bedeute. Auf die Frage einer Mutter, ob es sich lohne ein Kind ab Sommer anzumelden, meint er, eine Alternative werde wohl automatisch gesucht.

Ein Dilsberger Bürger, fragt, ob die Regelungen der Altstadt-gestaltungssatzung nach ihrer Überarbeitung auch für Dilsberg übernommen würden.

Der Bürgermeister gibt an, diese Gestaltungssatzung sei bezogen auf ein bestimmtes Gebiet und könne daher nicht direkt übertragen werden. In der Feste habe man andere bauliche Bedingungen und auch schärfere gesetzliche Rahmenbedingungen als in der Altstadt von Neckargemünd.

Der Bürger kritisiert, dass man bei Großprojekten viele Maßnahmen zur energetischen Verbesserung und Klimaschutz jahrelang versäumt habe. Insbesondere die Märkte von dm, Lidl und Rewe kritisiert er wegen fehlenden Klimaschutzmaßnahmen, obwohl Grüne im Gemeinderat gewesen seien. Nur bei Aldi habe man darauf geachtet.

Der Bürgermeister sagt, dies sei auch einer seiner Kritikpunkte bei der Bauleitplanung dieser Märkte gewesen. Bei neuen Großprojekten greife nun die neue Landesbauordnung mit PV-Pflicht oder er könne als neuer Bürgermeister darauf achten. In Zukunft solle so etwas nicht mehr vorkommen.

Der Bürger merkt an, dm gehöre das Gebäude gar nicht.

Der Bürgermeister meint, es sei in der Absprache kompliziert, wenn neben Stadt und dm noch ein Investor mitspiele, doch könne man dm an die eigenen Ziele erinnern und Erfolg haben, egal wer Eigentümer sei.

Der Bürger fragt nach dem Ergebnis der Überprüfung der Kanäle in der Straße Am Mühlwald, die jeden Montag erfolgen würden, um mögliche Absenkungen festzustellen.

Herr Reess erklärt, es handle sich um die Kontrolle der Kanäle auf Schäden.

Der Bürgermeister ergänzt, bisher sei kein Schaden feststellbar gewesen.

Der Bürger bittet außerdem, die Entwurfsplanung der Ingenieure öffentlich auszuhängen, etwa im Rathaus Dilsberg.

Der Bürgermeister sagt Prüfung zu, ob das möglich ist.

Eine Neckargemünder Bürgerin, spricht den noch nicht umgesetzten Fahrradstreifen in der Bahnhofstraße an. In der letzten Sitzung habe sie noch nicht erschöpfend Auskunft bekommen. Sie fragt, ob man nicht wenigstens eine Teilstrecke umsetzen könne und an welchem „dicken Brett“ es scheitere.

Der Bürgermeister gibt an, die Problematik liege in der Zuständigkeit des Regierungspräsidiums begründet. Die Stadt könne nichts selbstverantwortlich umsetzen. In Anbetracht der zahlreichen offenen Projekte hätten derzeit allerdings andere Pflichtaufgaben der Stadt Vorrang. In vielen priorisierten Projekten müssten Jahre aufgearbeitet werden. Man arbeite weiter daran.

Stadtrat Katzenstein merkt an, es hänge auch an der Unteren Verkehrsbehörde.

Die Bürgerin möchte weiterhin wissen, wie es mit den leerstehenden Wohnungen in der Neckarstraße vorangehe.

Der Bürgermeister informiert, Baumaßnahmen könnten erst mit der Haushaltsfreigabe starten. Die Hausnummer 28 müsse saniert werden, andere Wohnungen würden für Geflüchtete und Obdachlose vorgehalten.

Ein Neckargemünder Bürger, kritisiert, dass am Wanderweg „Neckarsteig“ auf der Strecke von der Neckarriedkopfhütte ca. 50 m hinunter in Richtung Friedhof mehrere Buchen zur Fällung gekennzeichnet seien. Schon im letzten November oder Dezember hätte man 60 Buchen am Alten Kohlhöfer Weg in Richtung Linsenteich gefällt. Das würde hinsichtlich Tourismus keinen guten Eindruck machen. Ginge das jetzt so weiter?

Der Bürgermeister sagt, es sei definitiv nicht im Sinne der Eigentümerzielsetzung, direkt am Wanderweg Bäume zu fällen. Er bittet, die genaue Position und Fotos per E-Mail an stadtverwaltung@neckargemuend.de zu schicken.

Ein ehemaliger Stadtrat, sagt, er beobachte jeden Tag die Presseberichterstattung mit Schlagzeilen über Neckargemünd, und wolle dem Gemeinderat zwei Hinweise geben. Was nun kritisiert werde, habe man vorher im Gemeinderat jahrelang mitgetragen. Außerdem müsse man sich nun auf andere Gegebenheiten einstellen.

Der neue Bürgermeister könne nicht alles so schnell erledigen, jeder brauche eine Einarbeitungszeit. Der Gemeinderat solle sich daher „benehmen“.

Stadtrat Bergsträsser kontert, man benehme sich anständig.

Der Bürgermeister dankt für den Beitrag.

Die Bürgerfragestunde ist 18:57 Uhr beendet.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 01/2025 vom 28.01.2025**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadträtin Krastel bittet den Fehler auf Seite 7 mittig zu korrigieren. Im genannten Planspiel wäre es nicht um eine Baumaßnahme, sondern um Suffizienz gegangen.

Die Verwaltung sagt die Korrektur zu.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird – vorbehaltlich einer Änderung – von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2025**

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister berichtet, es habe in diesem Jahr zwei Klausursitzungen gegeben. Der Aufwand hätte sich gelohnt. Es seien erstmals seit Jahren über die Klausurtagungen Beträge eingespart worden – allerdings habe man dieses Jahr trotzdem ein höheres Defizit. Man werde in der Haushaltstrukturkommission weiter an Einsparungen arbeiten.

Herr Möhrle ergänzt, man habe bereits dem Kommunalrechtsamt die Zahlen präsentiert und die Bemühungen würden dort zur Kenntnis genommen. Man wise nicht zum ersten Mal ein Defizit aus und die Genehmigung sei in Aussicht gestellt. Die Haushaltskonsolidierung werde in nächster Zeit in den Mittelpunkt rücken. Man müsse Ergebnisse präsentieren, da das Kommunalrechtsamt die Zügel enger nehme. Das Defizit ergebe sich vor allem wegen der hohen Quote bei den Sanierungsmaßnahmen und dem Gewerbesteuerrückgang.

2.2: **Beratung:**

Die Haushaltsreden der Fraktionen werden dem Protokoll als Anlagen beigefügt.

Stadtrat La Licata sagt, die Schuldenbremse müsse weg. Man habe auch 2025 immer noch ein Defizit, der höchste Posten seien die Personalkosten. Man könne und wolle

daran nichts ändern. Jedes Jahr sitze man zusammen und überlege, wo man kürzen könne, was dieses Jahr gut gelungen sei. Es sei jedoch keine Dauerlösung, nur am Erhalt der Immobilien der Stadt zu arbeiten. Hier nennt er die Sanierung des Alten E-Werks und das Martin-Luther-Haus. Investitionen in sozialen Wohnungsbau würden fehlen. Man solle aus ideologischen Gründen sparen, müsste aber eigentlich investieren. Er spricht sich gegen eine Gebührensteigerung bei der Kinderbetreuung aus, denn frühkindliche Bildung sollte kostenlos sein. Er wünscht den Bohrermarkt günstiger zu machen, ohne das Festzelt abzuschaffen. Dem Haushalt werde er zustimmen. Er bedankt sich für die Zusammenarbeit bei beiden Sitzungen. Man brauche ein Umdenken in Fiskalpolitik.

Ortsvorsteherin Linier und Ortsvorsteher Bergsträsser geben ebenfalls Stellungnahmen zum Haushalt ab, die ebenfalls dem Protokoll als Anlagen beigefügt werden. Ortsvorsteher Erles meint, es sei bereits alles gesagt, und verzichtet auf eine eigene Stellungnahme. In Dilsberg sei man zufrieden und er dankt allen.

2.3: Beschluss:

1. Haushaltssatzung der Stadt Neckargemünd für das Haushaltsjahr 2025

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 25.02.2025 einstimmig die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

	EUR
1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	42.219.200
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	- 48.038.800
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	- 5.819.600
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	- 5.819.600

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

	EUR
2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	41.619.200

2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	- 44.437.200
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	- 2.818.000
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	1.538.200
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	- 7.949.800
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	- 6.411.600
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	- 9.229.600
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	6.000.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	- 454.400
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	5.545.600
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	- 3.684.000

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 6.000.000 EUR

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 7.470.000 EUR.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 5.000.000 EUR.

Nachrichtlich:

Die nachfolgend aufgeführten Realsteuer-Hebesätze wurden in der Hebesatzung vom 19.11.2024 fest-gesetzt und werden hier nur nachrichtlich wiedergegeben. Sie betragen

1. für die Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 340 v. H.

b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 250 v. H.

der Steuermessbeträge;

2. für die Gewerbesteuer auf

360 v. H.

der Steuermessbeträge.

Neckargemünd, den 25.02.2025

Jan Peter Seidel, Bürgermeister

3: **ÖPNV: Linienbündel Heidelberg (Buslinien 34/35)**

3.1: **Sachvortrag:**

Frau Polte erläutert die Vorlage. Der ÖPNV sei ebenfalls ein sehr großer Posten im Haushalt 2025. Die Neuvergabe des Linienbündes Neckargemünd sei derzeit in Vorbereitung. Heute gehe es um das andere Neckargemünd durchfahrende Linienbündel Heidelberg mit den Linienbussen 34 und 35. Der Zusammenschluss der Linien 34 und 35 in einem Bündel bedeute für Neckargemünd einen Nachteil, da man mit dem gut ausgelasteten 35er-Bus die defizitäre Linie 34 stützen müsse. In der letzten Wahlperiode habe der Gemeinderat daher anlässlich einer Erhöhung der Ausgleichssätze die Vereinbarung über die Linien gekündigt. Nun wäre die Frage, ob die Stadt bei der Kündigung bleibe. Für Neckargemünd sei die Linie 35 sehr wichtig.

3.2: **Beratung:**

Frau Mayer sagt, Frau Polte habe deutlich gemacht, dass die Linienführung des 35er attraktiv sei und man nicht verzichten möchte. Sie könne nachvollziehen, warum man gegen diese Ausgleichssätze sei, bei einer Linie, die in früherer Zeit eigenwirtschaftlich gefahren sei, bis sich die Kosten mehr als verdoppelt hätten. Sie – selbst im ÖPNV tätig – können eine Kostensteigerung von 125% nicht nachvollziehen. Knackpunkt der Diskussion sei, dass die Linie 35 deutlich mehr Fahrgäste als die Linie 34 habe und man daher über die Querfinanzierung unglücklich sei. Hier könne man eine In-House-Lösung prüfen. Eventuell könne man auch bei der km-Zurechnung auf Neckargemünd ab Gemarkungsgrenze, statt wie bisher ab der letzten Heidelberger Haltestelle nachverhandeln (gegenwärtig müsse man bis zur Haltestelle „Orthopädie“ zahlen). Selbst mit einer Einigung auf „halbe Strecke“ spare man enorm. Zu der Darstellung der Kosten fallen ihr insbesondere die hohen Werkstattkosten auf, auch bei Betrieb und Verwaltung könne sie die Höhe nicht nachvollziehen. Doch für Neckargemünd sei gut, dass der Ausgleichssatz gedeckelt sei. Im Bündel würde es nicht billiger, so dass diese Variante noch die günstigste sei. Sie verweist auf den Baden-Württemberg-Index, den man in die Verträge hineinverhandeln könne, dann hätte man jedes Jahr einen Kostenansatz von einer unabhängigen Stelle und bräuchte sich keine Gedanken mehr machen. Hier im Kreis werde der Index jedoch leider nicht angewandt. Die „Kröte“ mit der 34er-Linie müsse man schlucken und die Kündigung zurücknehmen.

Der Bürgermeister korrigiert, nicht die Kosten seien um 125% gestiegen, sondern die Ausgleichssätze.

Stadträtin Linier sagt, der alte Gemeinderat habe durch die Kündigung auf bessere Verhandlungsbedingungen gehofft, die sich nicht ergeben hätten. Der Bus wäre

immer rappellvoll und man könne nicht darauf verzichten. Außerdem sei er enorm wichtig für die Anbindung der Ortsteile.

Stadtrat Bernauer meint, das Thema solle im Gremium in aller Regelmäßigkeit für Unmut. Auf eine realistische Aufschlüsselung der linienspezifischen Kosten warte man bis heute. Diese Forderung sollte weiterhin aufrechterhalten werden, um eine faire und wirtschaftlich vertretbare Lösung zu finden. §2 schütze mit einer Kostendeckelung vor ausufernder Erhöhung der Ausgleichszahlungen. Man stehe klar hinter der Weiterführung, doch aufgrund der nicht transparent kommunizierten Zahlen werde man sich enthalten.

Stadtrat La Licata spricht von einem „Angebot, das man nicht ablehnen könne“ und fühlt sich hinsichtlich der Intransparenz und Methoden der RNV gewissermaßen an seine sizilianischen Wurzeln erinnert. Er sei unzufrieden, dass man die Berechnung nicht vorliegen habe und werde zähneknirschend zustimmen. Viele wären auf die Linie 35 angewiesen, da es die stärkste Verbindung nach Heidelberg sei, wenn mal wieder das Stellwerk unbesetzt sei. Die S-Bahn wäre nicht so zuverlässig. Er hoffe auf mehr Transparenz des Verkehrsunternehmens.

Stadtrat Katzenstein meint, alle wünschten einen günstigen ÖPNV – oder einen ticketlosen für Fahrgäste. Doch so ein Bus fahre nicht umsonst, und die Kosten müssten gegenfinanziert werden. Die Ticketpreise sollten nicht ausufern, daher komme die Stadt ins Spiel. Er finde es gut, dass alle für den Erhalt der Linie 35 seien. Man habe wenig Optionen, als an dem 35er festzuhalten. Alles andere wäre eine Aufforderung, mehr Auto zu fahren. Man habe sich aber zu Klimaschutzziele bekannt. Verhandeln könne man nur mit einem Druckmittel, das aber leider fehle. RNV und Kreis säßen am längeren Hebel, doch man sei nun schlauer, was die Zahlen angehe. Die Sache habe sicher einen Scherbenhaufen bei den anderen Kommunen hinterlassen, den der neue Bürgermeister nun beheben müsse. Die Grünen schließen sich Stadträtin Mayer an, weiter auf die Kalkulation zu bestehen und zu hinterfragen, um für zukünftige Verhandlungen gerüstet zu sein.

Stadtrat Wachert stimmt ebenso zu, dass man den Bus brauche. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Strecke als eigenständige Linie gefahren werden könne. Es sei ärgerlich, dass keine Kalkulation vorliege und da sollte man dranbleiben. Zusätzlich kritisiert er, dass die Busfahrer oft auf einen Ticketverkauf im Bus verzichten und die Fahrgäste einfach durchwinken und kostenlos mitnehmen. Diese Verluste müsse dann die Stadt übernehmen. Der Bürgermeister solle da beim Kreis und Verkehrsunternehmen nachfragen.

Der Bürgermeister nimmt dies auf.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandbericht zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beauftragt einstimmig bei 7 Enthaltungen die Verwaltung, die Fortführung der „Vereinbarung zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und den Städten und Gemeinden Heiligkreuzsteinach, Neckargemünd, Schönau und Wilhelmsfeld über die Übernahme von Ausgleichszahlungen im Busverkehr für die RNV-Linie 34 und 35“ zu erwirken.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig bei 7 Enthaltungen der Erhöhung der Ausgleichssätze auf 1,59 EUR/km für 2025 zu.

4: **Vorberatung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 19.03.2025**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

4.1: **Sachvortrag:**

4.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmverhalten der Stadt Neckargemünd in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 19.03.2025.

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2024 vom 14.11.2024	x	
2.	Antrag der Gemeinde Wiesenbach auf Änderung des Flächennutzungsplans für den Energiepark „Kühberg“ Wiesenbach	x	

5: **Mitteilungen und Anfragen**

5.1: **Bundestagswahl**

Der Bürgermeister dankt allen Wahlhelfern. Man sei beim Auszählen diesmal eine der schnellsten Gemeinden über 10.000 Einwohner im Wahlkreises gewesen.

5.2: **Altstadt-Gestaltungssatzung**

Der Bürgermeister informiert, am 3. und 4. März 2025 würden öffentliche Plätze für die Erstellung der Altstadt-Gestaltungssatzung fotografiert. Ggf. würden die Stadträte diesbezüglich angesprochen und sollten daher vorab Bescheid wissen.

5.3: **Jugendarbeit**

Stadträtin Scheibe fragt nach dem Sachstand der Jugendarbeit. Man hätte in der letzten Sitzung zugesichert, dass das Thema Jugendarbeit auf die Tagesordnung komme.

Frau Polte antwortet, dass dies wegen eines längeren Krankheitsausfalles und anderer Prioritäten, die hätten vorgezogen werden müssen, leider nicht machbar gewesen sei. Man wolle es nun in der nächsten oder Aprilsitzung nachholen.

5.4: **Hollmuthunnel**

Stadtrat Katzenstein fragt nach dem Sachstand.

Stadtrat Erles antwortet, die Sperrung werde Freitagmittag aufgehoben.

Der Bürgermeister bestätigt diese Information.

5.5: **Sperrung der K4101**

Stadtrat Scholl meint, die Sperrung hätte man sich sparen können. Morgens sei der Verkehr sehr rege.

Der Bürgermeister informiert, auch die erste Woche März sei die Straße noch gesperrt.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Dr. Cherwon

Die Schriftführerin

Stadtrat Schendzielorz